

Ch. L.

Nürnberg,
3. Sept. 1926

Nr. 5767/II.
Polizeidirektion
Nürnberg-Stadt

Fernsprecher 8811 — 14
3384 — 85
9210 — 11

Postfachkonto: Nürnberg 35696

Preis

Offiz. 1333 d. 8
Schiff: mein
Tal der Erde für
früher hat
missiv. für
in der
di. in. y-f.

An ... erungen von
VERHÄNGNISVOLLE
die
TRADITIONEN
die

Unterfranken,
nfall.



**WIE DIE NÜRNBERGER POLIZEI
FÜR RUHE UND ORDNUNG SORGT**

INHALTSVERZEICHNIS:

| | |
|--|----|
| Ein Stück unbekanntes Nürnberg | 1 |
| Nieder mit dem Krieg! | 3 |
| Arbeiter,räte' | 5 |
| Das politische Klima | 6 |
| Der Hauptakteur tritt auf | 8 |
| Die Arbeiter rühren sich | 8 |
| Gareis schlägt zu | 9 |
| „Parole Gareis: Nieder mit den Erwerbslosen“ | 10 |
| Die Fabriken stehen still | 11 |
| Mörder unterwegs | 14 |
| Demokraten wehren sich | 15 |
| Gareis muß entfernt werden | 15 |
| Verstaatlicht = Gleichgeschaltet | 17 |
| Die Sammlungsbewegung formiert sich | 17 |
| Meinungsfreiheit nicht für Links | 20 |
| Alltag in der „Ordnungszelle Bayern“ | 21 |
| Kumpan Heiß | 22 |
| Geheime Waffenlager | 23 |
| In treuen Händen | 23 |
| 5 MGs im Beckengarten | 25 |
| Bürgerkriegsstimmung | 26 |
| Angeklagt wegen Landfriedensbruch | 28 |
| Hakenkreuzler raus! | 29 |
| „Ehrenmann“ Julius Streicher | 32 |
| Nachwort | 34 |

Impressum:

H. Wandt, Georg-Eberlein-Str 18, 8500 Nürnberg 10, Satz: Plärrer-Composersatz, Singerstr. 26, Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

– 2. überarbeitete Auflage –

Hitler und Streicher – wer kennt sie nicht?! Aber wer kennt schon Heinrich Gareis und Hauptmann Heiß?

Nürnberg, der Name unserer Stadt, ist mit Reichsparteitag, Rassengesetz und Kriegsverbrecherprozeß eng verbunden. Nürnberg, das wird weltweit in einem Atemzug mit den Namen Hitlers und Streichers genannt.

Das wissen auch noch sehr viele! Aber wie ist es dazu gekommen, was ist in dieser Arbeiterstadt, der „roten Hochburg Bayerns“, in der Zeit vor dem „13jährigen Reich“ passiert, wer hat diesen Ruf verschuldet?

EIN STÜCK UNBEKANNTES NÜRNBERG

Durch die Erfahrungen mit den Massenverhaftungen des 5. März 1981 in Nürnberg aufgerüttelt, setzten sich einige Freunde zusammen, um sich mit der besonderen Geschichte Bayerns zu beschäftigen. Als Grundlage unserer Diskussionen diente das sehr informative Buch „Wir in Bayern“, das gerade als Hintergrund für die hier vorliegende Broschüre unentbehrlich ist (s.d. Hinweis auf der Broschürenrückseite). Speziell interessierte uns die Tradition der Nürnberger Polizei und Justiz. Und so begannen wir in alten Archiven und Zeitungen zu recherchieren. Da stoßen wir auf den „Stürmer“ und dessen Herausgeber, den sog. „Frankenführer“ Streicher, da treffen wir einen seiner bürgerlichen Gegner, an den in Nürnberg nur noch ein Straßename erinnert: Dr. Luppe, damaliger Oberbürgermeister Nürnbergs.

Da fallen uns Zeitungsausschnitte des „Fränkischen Kuriers“, jenes Organs der reaktionär eingestellten Kreise des damaligen Nürnberger Bürgertums, in die Hände und wir finden die gegen diese Kreise hart kämpfende Arbeiterpresse, den „Sozialdemokrat“, die „Nordbayerische Volkszeitung“.

Da treffen wir einen der zwei „Maschinengewehrkönige Bayerns“, den Reichswehrhauptmann Heiß, der es – wie Röhm in München – trefflich verstand, faschistische Mordbanden zu organisieren und Waffen für die Nazis tonnenweise in geheimen Einwohnerwehrlagern zu horten. Aber da finden wir auch die Abwehrorganisationen der Arbeiterschaft, den Sozialdemokratischen Ordnungsdienst und den „Rot-Frontkämpfer-Bund“ der Kommunisten.

Da gibt es eine Nürnberger Justiz, die Arbeiter massenweise vor den Kadi zerzt, um sie wegen Landfriedensbruchs anzuklagen, weil sie braune Mordbuben aus den Fabriken warf, aber eben auch z.B. den demokratischen Rechtsanwalt Süßheim.

Und schließlich gibt es im damaligen Nürnberg einen Heinrich Gareis, seines Zeichens Leiter des Polizeiamtes Nürnberg-Fürth, unter dessen fürsorglicher Hand die Nazis Nürnberg zur Stadt der Reichsparteitage, der Rassengesetze und letztlich auch der Kriegsverbrecherprozesse machen konnten!

Dies alles in einem Bayern, wo glückte, was dem Reichswehrführer Kapp im Reich schief ging, wo nämlich ein gewisser Gustav Ritter von Kahr, seines Zeichens BVP-Mitglied und Regierungspräsident von Oberbayern, im Gefolge des Kapp-Putsches im März 1920 die SPD-Regierung Hoffmann in München zum Rücktritt zwingt. Auf der Straße marschieren „Einwohnerwehren“ und Reichswehrbanditen.

Dieser Ritter v. Kahr, Reaktionär und Monarchist, schlägt in den folgenden Jahren immer auf dieselben ein, auf demokratische Bürger, auf sozialdemokratische, revolutionäre und kommunistische Arbeiter. Er protegert die sog. „Vaterländischen“ und die aufkommende Nazi-Partei. Seine Politik prägt den Begriff von der „Ordnungszelle Bayern“, die dem Faschismus reichsweit den Boden bereiten sollte.

Was soll's – wird so mancher jetzt einwenden – Streicher ist längst tot, Maschinengewehrkinge sind in dieser Republik nicht mehr möglich, unsere Presse ist liberal und unser Polizeipräsident heißt nicht mehr Gareis, sondern Kraus ... Hoffmann hatte seine Waffen aus dem Libanon ... Oxner einen legalen Waffenschein ... und die Nürnberger Justiz hält sich streng an geltendes Recht, Verfassungsbruch ist undenkbar ...?!

Aber im Ernst: Sind es tatsächlich nur zufällige Parallelen, die sich zwischen heute und gestern auf tun? Was haben „die“ und „wir“ aus diesem „Vorhimmel des 3. Reiches“ (Wilhelm Hoegner) gelernt? Was hat es zu bedeuten, wenn Strauß sagt, „die Rettung Deutschlands müsse aus den bayerischen Bergen kommen“?

Soll Bayern abermals die „Ordnungszelle des Reiches“ werden, wie Bayern in der Zeit von 1919-1933 genannt wurde? Ist es heute schon wieder so weit?

Diese Fragen lassen uns nach der „Massenverhaftung der 141“ und hundertfachem Verfassungsbruch, nach Hoffmann-Verharmlosung und Oxner-Bluttat keine Ruhe mehr.

Wir sind diesen Fragen nachgegangen, und uns standen, je mehr wir uns in die Geschichte des damaligen Nürnberg einarbeiteten, die Haare ob der Parallelen zu den heutigen Zuständen zu Berge.

Keiner soll sagen können, er hätte nichts von den Parallelen wissen können, wir wären dazu verurteilt gewesen, gewissermaßen jungfernhaft erste Erfahrungen mit der Politik der Reaktion zu sammeln. Deshalb wollen wir einen ersten Teil unserer Recherchen veröffentlichen. Mögen sie dazu beitragen, daß die demokratischen Kräfte Nürnbergs ihre Aufgabe erkennen, denn „wer nicht aus der Geschichte lernt, ist dazu verurteilt, sie noch einmal zu erleben“.



NIEDER MIT DEM KRIEG!

28. Januar 1918: Die Arbeiterschaft der Bing-Werke legt die Arbeit nieder³. Aus dem Innenhof der Fabrikanlage strömt ein Demonstrationzug. Die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen, die seit vier Jahren die Lasten des wahnsinnigen Kriegsabenteuers der Krupp, Siemens und Thyssen, Duisberg (Chemie), der Hindenburg und Ludendorff zu tragen hatten, sind nicht zu überhören: „Friede! Brot! Liebknecht aus dem Zuchthaus!“⁴

Als am nächsten Morgen die SPD und USPD-Gewerkschaftsführer die Forderungen übernehmen, stehen bereits 42.000 Nürnberger Arbeiter im Streik. Sie sind Teil einer Bewegung von über einer Million Menschen im ganzen Reich, die dem Aufruf der jungen Spartakusgruppe um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gefolgt waren. Sie riefen für den 28. Januar 1918 unter den Losungen „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ zum Massestreik auf.⁵ Sie waren Teil jener Bewegung, die nach den Jahren des Einstreichens neuer Absatzmärkte und Rohstoffquellen, den Herren Aufsichtsräten der Deutschen Bank in Frankfurt, dem Industriekapitän auf der Villa Hügel in Essen, den mit Verdienstkreuzen und Orden behängten Uniformierten im Reichskriegsministerium in Berlin das Blut in den Adern gefrieren ließen. Hier deutete sich unüberhörbar und unübersehbar die Absicht der Arbeiter an, fürderhin ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Kaum ein dreiviertel Jahr später war es dann soweit: Am 8. August wurde nach fünf mörderischen Schlachten die „Westfront“ von den Entente-Truppen durchbrochen. Das deutsche Heer war kriegsmüde und begann zu zer-

³ Die Bing-Werke waren ein großer Nürnberger Rüstungsbetrieb, der in der Stephanstraße angesiedelt war. Der heutige Nachfolger im einträglichen Geschäft – in den alten Fabrikhallen – ist die Firma Diehl.

⁴ Klaus Wagner, Nürnberg, In Weltkrieg und Revolution S. 240/41

⁵ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 6, S. 28, Dietz-Verlag, Berlin 1968.

fallen. Dazu hatten vor allem die Soldaten beigetragen, die „von der Ostfront an die deutsche Westfront geworfen wurden und das mitgebracht haben, was die Bourgeoisie den Weltbolschewismus nennt“.⁶

Am 3. November war das Maß voll. Revolutionäre Matrosen weigerten sich, noch einmal gegen die britische Flotte auszufahren. Sie setzten ihre Offiziere gefangen und bildeten Matrosenräte. Am Abend des 4. November war Kiel völlig in der Hand der revolutionären Matrosen, Arbeiter und Soldaten. Fast pausenlos tagte das Kriegskabinet. Man entsandte sozialdemokratische Minister um das Feuer einzudämmen. Am 4. November Generalstreik in Stuttgart. Am 5. November erfaßte die Revolution Brunsbüttel und Lübeck, am 6. November folgten Altona, Bremen, Hamburg, Oldenburg, Rostock und Wilhelmshafen. Bis auf Bremen und Hamburg, wo die USPD an der Spitze der Massenbewegung stand, hatte in fast allen anderen Städten die SPD die Mehrheit in den Räten.

Fränkische Tagespost
 5. 11. 18
 Fürther Bürgerzeitung
 Sozialdemokratisches Organ für Mittelfranken und die Oberpfalz
 Nürnberg-Str. 19, Freitag, 4. November 1918
 19. Jahrgang

Die Wertarbeitvertrauensleute aller Berufe und Betriebe
 und die Parteivertrauensleute
 Die Unabhängige sozialdem. Partei.
 Die wichtige Beschlüßfassung für heute Abend Montag 8 Uhr in den Zächhischen Hof.
 Die Unabhängige sozialdem. Partei.

Die Republik in München proklamiert!
 Freitag, 8. November 1918
 Preis 5 Pf.

Nürnberger Zeitung
 und Korrespondent von und für Deutschland. General-Anzeiger für Nürnberg

Der Umsturz in Bayern.
 Erklärungen im Stadtmagistrat zur Lage.

⁶ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 6, S. 40.

Am 7. und 8. November ergriff die Revolution mit Ausnahme von Berlin fast alle wichtigen Städte und industriellen Gebiete Deutschlands. In Bayern wurde am 7. November der erste deutsche Königsthron gestürzt. Am 8. November entstanden in Augsburg und Nürnberg „Arbeiter- und Soldatenräte“, in denen die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften vorherrschten.⁷

ARBEITER„RÄTE“

„Auf die Nachricht von der Revolution ergriff die Menschen ein bislang unbekanntes Demonstrationsfieber. Fast ganz Nürnberg war am 9. November 1918 auf den Beinen“, um, wie die Fränkische Tagespost schrieb, „der jungen Republik zu huldigen!“⁸

Jedoch war der Weg der Niederlage bereits in diesen Tagen vorgezeichnet. Die Nürnberger Arbeiterschaft, unter der die linke Sozialdemokratie nach Aussagen der damaligen Polizeiakten einen wesentlichen Einfluß hatte, ließ sich von radikalen Parolen der SPD-Führer begeistern und vertraute ihnen alle wichtigen Entscheidungen an. Doch wer genau hinhörte, konnte schon am 8. November vom SPD-Bürgermeister Treu erfahren, was Politik der sozialdemokratischen Führer reichsweit werden sollte. Er verkündete am 7. November auf der Sitzung des Magistrats der Stadt Nürnberg:

„Die sozialdemokratische Partei hat für heute abend sämtliche Vertrauensleute zusammenberufen, um zu erfahren, welche Stellung die Arbeiterschaft zu den Vorgängen einnimmt. Wir wollen versuchen, soviel an uns liegt, die Umwälzung in ruhige und geordnete Bahnen zu lenken, doch hängt der Verlauf nicht allein von uns ab.“

aus: Fränkische Tagespost, 8.11.1918

Und so verlief denn auch die Novemberrevolution in Nürnberg. Alles vollzog sich mit „Sinn für Ruhe und Ordnung“, wie die Fränkische Tagespost (Zeitung der SPD) bemerkt, und als besonders beachtenswert stellt sie noch heraus, daß „die Straßenbahn nirgends behindert“ wurde.⁹ Anstatt die Macht in der Stadt tatsächlich zu übernehmen, beschränkte man sich darauf, Organisationen ins Leben zu rufen, Titel zu schaffen, Sitzungen abzuhalten, die Arbeiter in Ruhe und Sicherheit zu wiegen. Symptomatisch ist auch die Haltung des Nürnberger Soldatenrates: Dessen erste „Amtshandlung“ bestand darin, „daß man eine Abordnung ins Rathaus schickte, um sich von dem Hausmeister die alten Fahnen herausgeben zu lassen.“¹⁰

⁷ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 6, S. 87-93.

⁸ Klaus Wagner, Nürnberg in Weltkrieg und Revolution, S. 282.

⁹ Klaus Wagner, Nürnberg in Weltkrieg und Revolution, S. 282.

¹⁰ Bericht des Polizeireferenten vom 12.11.1918.

„Der Einbau der Arbeiterräte (AR) wurde von uns insbesondere in der politisch kritischen Zeit als große Wohltat empfunden, weil die Mitwirkung der Arbeiterräte geeignet war, das Vertrauen der Bevölkerung zu den Beamten und ihren Maßnahmen zu stärken.“

Klaus Wagner, Nürnberg in Weltkrieg und Revolution, S. 305

Wir aber wollen uns zunächst noch einmal die Situation Anfang des Jahres 1919 verdeutlichen.

DAS POLITISCHE KLIMA

Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem alten System war riesengroß. Die sozialdemokratischen Parteien hatten zusammen im Jahr 1920 ca. 26.000 organisierte Mitglieder (SPD 14.000, USPD 12.000). Die Kommunisten kamen zwei Jahre nach ihrer Parteigründung anlässlich der Reichstagswahlen auf immerhin 3.800 Stimmen.

„Nürnberg ist bekanntlich eine Zentralstelle der staatsfeindlichen Agitation in Wort und Schrift. Hier ist nicht nur der Sitz der maßgeblichen sozialistischen und linksdemokratischen Presse Bayerns, sondern auch der Mittelpunkt der kommunistischen Propagandatätigkeit.“

Schrieb einer, der es wissen muß, ein paar Jahre später: Der bayerische Kapp-Putschist und Regierungschef Gustav Ritter v. Kahr.

Desweiteren beachtenswert ist Nürnbergs geographische und politische Nähe zu den umliegenden revolutionären Ländern, oder wie es der zeitweise höchste bayerische Beamte in Nürnberg, Staatskommissar Heinrich Gareis an den Regierungspräsidenten von Mittelfranken am 25. November 1920 melden ließ:

„... Nordbayern, welches unter den Einfluß der radikalen Zonen Sachsens und Hessens einen, für eine neue Revolution bereits viel besser vorbereiteten Boden besitzt...“

Auch Nürnbergs Hinterland mit seiner kleinbäuerlichen Bevölkerung, die zudem größtenteils nur durch die Arbeit eines Familienmitglieds in der Industrie der Städte Nürnberg, Fürth, Schwabach und Lauf auskommen konnten, war nicht gerade eine Beruhigung für das Bürgertum.

Eine Bourgeoisie, die nach Durchdringung der Reichswehr mit revoltierenden Arbeitersöhnen kein verlässliches Mittel der Machtausübung mehr hatte, die politisch in zig Parteien und Honoratiorenvereinigungen gespalten, zudem noch untereinander rivalisierte. Auch die SPD büßte im weiteren Verlauf der Ereignisse immer mehr Ansehen und Unterstützung von Seiten der Arbeiter ein, während die radikalen Gegner der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, die Kommunisten, zunehmend Einfluß gewannen.

Dieser Situation keinen Einhalt zu gebieten, hätte den wirtschaftlichen und politischen Tod der Bourgeoisie bedeutet. Dies galt es zu verhindern. Man steckte sich das Ziel, das Ruder wieder herumzureißen, die Macht wieder vollends in die Hände zurückzubekommen, die Arbeiterschaft ein weiteres Mal zu versklaven.



Revolutionstruppen auf dem Münchener Stachus (zeitgenössische Zeichnung)

Der militärische Arm des kapitalistischen Machtapparats, zumindest sein wichtigster Teil, die Armee, war zunächst nicht mehr zu gebrauchen. Diese Rolle mußte und wollte die Polizei zunächst übernehmen, die in ihrer politischen Zusammensetzung noch die alte geblieben war.

Erst am 8. August 1919 hielt das erste Reichwehrebataillon seinen Einzug in die Stadt. Allein daran läßt sich ermessen, wie brisant die Lage in Nürnberg war, wie dringend sie der Ordnung bedurfte.

Die bayerische Landespolizei war somit zusammen mit dem Offizierscorps der Reichswehr und den Freicorps Epp und Erhardt das in Bayern zu Verfügung stehende Machtpotential. In Nürnberg war die Situation zusätzlich kompliziert durch die Existenz einer eigenständigen städtischen Polizeitruppe, die nicht dem Land, sondern der städtischen Verwaltung unterstellt und sich somit in politisch „unzuverlässigen“ Händen befand.

Am 15. November 1918 wurde vom Nürnberger Arbeiter- und Soldatenrat der Beschluß gefaßt, eine „Arbeitergarde Nürnberg“ aufzustellen¹². Alles in allem dürften in Nürnberg-Fürth zu Beginn des Jahres 1919 ca. 5.000 Arbeiter unter Waffen und dem sozialdemokratischen Armeekommando unter Erwinger und Schnepfenhorst zur Verfügung gestanden haben. Daß diese Arbeiter alles andere als eine Beruhigung für die Bourgeoisie waren, ist klar.

12 Klaus Wagner, aaO, S. 309.

DER HAUPTAKTEUR TRITT AUF!

Nürnberg zu befrieden, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, hat ein Mann übernommen, der sich rühmte, den Nationalsozialisten freie Bahn in Franken geschaffen zu haben: HEINRICH GAREIS. Dieser faßt in seinem handschriftlichen Lebenslauf im November 1938 sein Nürnberger Wirken wie folgt zusammen:

„Durch rücksichtsloses Durchgreifen gelang es, im Laufe der Jahre in Nürnberg-Fürth Ordnung zu schaffen, so daß, allerdings gegen härtesten Widerstand (...) die Durchführung ganz großer nationaler Massenveranstaltungen, wie des „Deutschen Tages“ und vor allem der Reichsparteitage der NSDAP in den Jahren '27 und '29 möglich wurde.“

Handschriftlicher Lebenslauf, 3.11.1938, Berlin, Doc.-Center

DIE ARBEITER RÜHREN SICH

Doch begeben wir uns auf den Schauplatz unserer Geschichte, ins Nürnberg des Jahres 1929: Hunger, weil Arbeiterfamilien mit den galoppierenden Preisen nicht mehr schritthalten können, frierende Kinder – die Kohlen waren im kalten Frühjahr des Jahres 1929 für die einfachen Leute knapp – und Arbeitslosigkeit, damit hatte ein Großteil der Nürnberger arbeitenden Bevölkerung zu kämpfen.

Für den 6. März nachmittags 14 Uhr hatte die Erwerbslosenkommision Nürnbergs zu einer Versammlung im großen Saal der Rosenau eingeladen. Tausend Personen, nach Gareis' Sachverständigenaussagen „die Hefe der Nürnberger Bevölkerung“, überfüllten den Saal, wo der kommunistische Stadtrat Nesper die Forderungen der Erwerbslosen an den Nürnberger Stadtrat formulierte: Gewährung von je zwei Pfund Reis, Fett, Zucker, von vier Pfund Mehl und die Besohlung von einem Paar Schuhen durch die städtischen Werkstätten für jeden Erwerbslosen.

Doch Gareis wußte bereits mehr: „Nach mir zugegangenen vertraulichen Informationen war mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Versammlungsbesucher im Anschluß an die Versammlung zum Rathaus demonstrieren wollten.“¹²

Und das war höchst gefährlich und verdächtig für die Ruhe und Ordnung der Nürnberger Bürgerschaft. „Ich habe deshalb die entsprechenden polizeilichen Maßnahmen veranlaßt“, berichtet Gareis stolz¹². Und als sich die Versammlungsteilnehmer im Anschluß an die Veranstaltung tatsächlich auf zum Rathaus machten, um dort auf der Erfüllung ihrer minimalen Forderungen zu bestehen, ritt die bereitgestellte Polizei des Heinrich Gareis in den Zug hinein, worauf die Teilnehmer, so Gareis genüßlich, „wie die Hasen davonliefen“.

GAREIS SCHLÄGT ZU

„Nachdem die Polizei den Versuchen zur Zugbildung jeweils sofort entgegentrat, wurden die Demonstranten in regellosen Haufen und Gruppen zum Rathaus dirigiert. Durch immer wieder – an verschiedenen Punkten – in der Nähe des Rathauses neu gebildeten Gruppen war man bestrebt, die Polizei dauernd in Atem zu halten. Besonders unangenehm machte sich hier die zum ersten Mal befolgte (...) Weisung, sich zwischen den Marktständen festzusetzen, bemerkbar, weil die Marktstände dem Vorgehen der Polizei außerordentlich hinderlich waren (...) Bei Auflösung der in den Straßen um das Rathaus sich zeigenden Gruppen mußte wiederholt vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden (...) besonders wenn in die Zügel der Pferde gegriffen oder nach den berittenen Polizisten gelangt wurde.“¹² Eine Gruppe Zugteilnehmer von 15 Mann, die im Rathaus Nesper unterstützen wollten, wurde kurzerhand vor die Tür gesetzt.

„Im übrigen waren für das Rathaus und die ordnungsgemäße Durchführung der Sitzung alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Insbesondere war (...) der Zugang zur Tribüne des Sitzungssaals nur gegen Karten möglich (...) Die Zugänge zum Sitzungssaal, wie zum Rathaus überhaupt, waren polizeilich gesichert.“

Wie sich die Bilder doch ähneln. Zwar ist es heute noch nicht Krausens Polizei selbst, die den Forderungen des kleinen Mannes den Zutritt zum Rathaus verwehrt. Heute erledigt diese Aufgabe meist noch der Türsteher des Rathaussaales, wie im November 1982 geschehen, als eine Delegation der Nürnberger Gewerkschaften den Stadtrat auffordern wollte, die Gewerbesteuer zu erhöhen.

Wer darüberhinaus auch noch die Bürgervertreter im Saal von der Empore aus direkt auffordern will, neonazistische Organisationen zu verbieten, der merkt, wie nahe die Polizei wartet. So wurden von Nürnberger Demokraten die Personalien aufgenommen, nachdem sie ein Verbot aller neonazistischen Organisationen nach der Oxner-Bluttat im Stadtrat forderten. Das Gleiche geschah, als der OB Urschlechter mittels Transparent aufgefordert werden sollte, endlich Stellung zu beziehen gegen den hundertfachen Verfassungsverbruch vom 5. März.



Die Arbeiterparteien setzten sich an einen Tisch. Je drei Vertreter von SPD, USPD und KPD berieten, was zu geschehen sei – von vorneherein jedoch mit höchst unterschiedlichen Zielen: Während USPD und KPD den sofortigen Rücktritt der bayerischen Kahr-Regierung verlangten, deklamierte die SPD die „Sicherung und den Ausbau der demokratisch-sozialistischen Republik“. Die einzige Möglichkeit, den Rücktritt der damaligen Regierung zu erzwingen, der von der KPD dafür geforderte unbefristete Generalstreik, wird jedoch von SPD und USPD abgelehnt und auf einen 24stündigen Proteststreik herabgedrückt.

**Heraus zum Generalstreik!
Arbeiter! Angestellte!**

Die Menschewisten haben den Generalstreik proklamiert. Aber für einen Tag! – Damit nichts geschieht! Sie wollen streiken zum Zeichen der Trauer und des Protestes gegen den heimtückischen Meuchelmord an Karl Gareis! Aber sie wollen nicht dafür streiken, daß ein für allemal aufgeräumt wird mit den Meuchelmördern!

Man hat uns zugemutet, einen Aufruf zu unterschreiben, zu einem eintägigen Protestgeneralstreik der in gar keiner Weise die Arbeiterschaft schützt oder sichert. Dem sind einige „Porderungen“ angehängt, die also nicht durch Streik erzwungen werden sollen!

Die Papier bleiben sollen!
Die den Zweck haben, die Kampf Stimmung abzuwürgen!

Das haben wir abgelehnt.
Wenn gekämpft wird, dann muß für einen praktischen Zweck gekämpft werden – für eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse. Dafür werden wir Kommunisten antreten! Dafür werden wir streiken!

Proletarier! Laßt Euch nicht einwickeln!
Der Belagerungszustand und die Regierung Kahr müssen verschwinden!

Es hat keinen Zweck zu trauern und zu jammern, zu protestieren und papierne Resolutionen loszulassen, weil gleich darauf Revolver, Hunger, Ausnahmejustiz und Orgesch-Banden ungestört weitermorden!
Die Bourgeoisie und die Regierung Kahr-Escherich werden sich ins Phustchen lachen, wenn ihr Euch mit dem zwecklosen „Proteststreik“ begnügt, wenn ihr darauf verzichtet Eure Macht anzuwenden, Euch zu sichern und zu schützen für alle Zukunft!

Deshalb sind die wirklichen Porderungen des Generalstreiks diese:

Port mit dem Belagerungszustand!
Port mit der Regierung Kahr-Escherich!
Entwaffnung der Bourgeoisie unter Kontrolle der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien!
- Wiederherstellung der Pressefreiheit!
Schutz vor Lohnabbau und Betriebs einschränkungen durch Kontrolle der Produktionsprozeß!
Einfügung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß!

Das sind die Ziele die erkämpft werden müssen!
Keine Macht der Welt kann Euch widerstehen, wenn Ihr einig seid und keinen Verrat duldet!
Daher schließt die Reihen –
auf zum Generalstreik!

VEREINIGTE KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHL.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (= Christliche Gewerkschaftsorganisation) verteilt an die Arbeiterschaft am 13.6. (Montag), dem Tag des beschlossenen eintägigen Streiks, gar ein Flugblatt „Gegen den Generalstreik“ mit dem Schlußsatz: „Kein Mensch ersetzt uns den Lohnausfall von 30,- bis 60,- Mark pro Tag (...) Geht mit uns zur Arbeit, zum Dienst.“

Die Kommunisten versuchten mit aller Kraft ihrer Nürnberger Organisation, die Dinge zu wenden. Vor 300 Funktionären seiner Partei wetterte am 12.6.1921 im „Hummelsteiner Park“ das Nürnberger KPD-Mitglied, Maschinenschlosser bei der MAN, Xaver Büchs, über das „Kasperltheater der MSPD“. Der Gefahr, die von der KPD für die Ordnung der Mächtigen ausging, wurde von dem Nürnberger Gareis sofort durch ein Verbot aller ihrer Versammlungen begegnet. Zumal sich in den sozialdemokratischen Funktionärsgruppen zunehmend Mißmut über die Beschlüsse der Parteivorstände breit machte. Noch am 13.6. versuchte die KPD den Kampf weiter zu organisieren. In einem Flugblatt vom selben Tag ruft sie auf: „Wenn gekämpft werden – für eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse ... Es hat keinen Zweck zu trauern und zu jammern, zu protestieren und papierene Resolutionen loszulassen, weil gleich darauf Revolver, Hunger, Ausnahmejustiz und Orgeschbanden ungestört weitermorden.“ (Orgeschbanden = paramilitärische, vaterländische Organisation des Forstrates Escherich).

Knapp 2 Monate später ist es wieder soweit:



MÖRDER UNTERWEGS

Das Freikorps FAUPEL-BÜRLITZ in München.
Erz v. FRIEDBURG nimmt den Vorbeimarsch ab.

„Die beiden Reichstagsabgeordneten Dies und Erzberger gingen in der Zeit zwischen 10 Uhr und 11 Uhr vormittags auf der von Griesbach nach Freudenstadt (Schwarzwald) führenden Landstraße spazieren. In naher Entfernung folgten ihnen zwei Männer ... Ohne ein Wort zu sagen, zog einer der Fremden schließlich eine Schußwaffe und drückte los ... Erzberger sprang nun über die Böschung der Straße, um sich den beiden Unbekannten zu entziehen. Diese eilten ihm nach und feuerten mehrere Schüsse auf ihn ab.“
(Bericht der Telegrafischen Union v. 26.8.1921
in Ursachen und Folgen, Bd. 4, S. 192)

Die Ermordung des Zentrumspolitikers Erzberger ging wiederum auf das Konto dieser Mordbanden der Organisation Consul.

Fünf Tage nach der Ermordung Erzbergers wird in Nürnberg eine gewaltige Protestdemonstration gegen diese nationalistischen Mordbrenner und die sie schützende Kahr-Regierung durchgeführt. Aber schon im Vorfeld dieser Kundgebung wird der Staatskommissar Heinrich Gareis aktiv: Er verbietet eine Versammlung unter freiem Himmel auf der Insel Schütt. Stattdessen darf eine Veranstaltung im geschlossenen Saal stattfinden. Nach Beendigung der Manifestation am 13. August 1921 praktizierte Gareis Ausnahmerecht: Während sich die städtische Polizei darauf beschränkte, für die aus der Festhalle im Luitpoldhain heimströmenden Menschenmassen die Kreuzungen für den Verkehr zu sperren, geht die grüne Polizei unter Gareis am Marientunnel und an anderen Stellen mit berittenen Mannschaften und Panzerwagen gegen die heimkehrenden Nürnberger vor.

Die Arbeiter hätten sich am liebsten auf die Polizeisoldateska gestürzt, aber die von USPD und MSPD gestellten Ordner gaben sich die größte Mühe, dies zu verhindern, wie der Kommunist Grönsfelder auf einer Funktionärskonferenz der KPD am 1.9.1921 berichtet.

DEMOKRATEN WEHREN SICH

Der Unmut der Nürnberger Arbeiterschaft und des demokratischen Kleinbürgertums über diese Mordanschläge der reaktionär-faschistischen Banden, deren Schutz durch v. Kahr und die polizeiliche Sicherung dieser Diktatur, erreichte einen Siedepunkt. Es kam zum offenen Zwist zwischen Bürgermeister und Gareis, der sich am offensten im Umgang mit dem Demonstrationsrecht zeigt. (Solches hätte Herrn Urschlechter nicht schlecht angefallen). Die Sozialdemokratie nannte Gareis den „fränkischen Kahr-Imitator“.

Auch der Stadtrat Simon (USPD) geht auf die Vorgänge des 31. August näher ein und „geißelt das Vorgehen der Landespolizei, das durch die Anordnungen des Staatskommissars Gareis veranlaßt war“.

In seinem Antrag fordert der Redner, es sollten die Veranlasser der Störungen durch die Panzerautos und Lanzenreiter zur Rechenschaft gezogen werden. Staatskommissar Gareis messe mit zweierlei Maß.¹⁶

Überall in den Arbeiterparteien und unter den demokratisch-republikanisch gesinnten Menschen Nürnbergs wurde der Ruf nach Absetzung des Staatskommissars Gareis laut, der in Nürnberg mit seiner Person dafür eintrat, daß Nürnberg fest in die Ordnungszelle Bayern eingebunden werden sollte. Auf einer Funktionärskonferenz der KPD vom 1. September '21 im Cafe Merk in der Prechtelgasse 16 wurde vom Arbeiter bei Schuckert, Treidel, berichtet, wie die Arbeiter bei Schuckert auf die Polizeiprovokationen reagierten. Treidel führte aus:

„...daß die Betriebsräte der KPD in den SS-Werken auftragsgemäß mit den Betriebsräten der anderen zwei Parteien eine Sitzung wegen Stellungnahme zu der Provokation abhielten. In dieser Sitzung wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus einem Genossen der MSP, USP und KPD. Diese sollten das Weitere veranlassen. Die Kommission ging zunächst zum Oberbetriebsrat Beyer ... und brachte den Beschluß der Siemens-Schuckert-Betriebsräte zwecks Behandlung vor. Beyer erklärte, daß er über diesen Punkt nicht alleine verhandeln könne. Man ging zu Zwosta (MSP), welcher sich ebenfalls nicht für maßgebend erklärte. Man holte darauf noch Loßmann (MSP) herbei. Zwosta erklärte ... daß er eben darüber sei, eine Resolution auszuarbeiten, welche an den Reichskommissar und eine Abschrift davon an den Verfassungsausschuß in Berlin ... gehen soll...“

GAREIS MUSS ENTFERNT WERDEN

Die Resolution verlangte „die sofortige Entfernung des Regierungskommissars Gareis, die Aufhebung des Belagerungszustands. Wenn dieses nicht durchgeht, so wird versucht, eine Volksabstimmung herbeizuführen. Sollte diese zu

Ungunsten ausfallen und die Regierung Kahr nicht nachgeben, wird man Nordbayern von Südbayern trennen, und zwar, wenn es sein muß, mit Waffengewalt.“

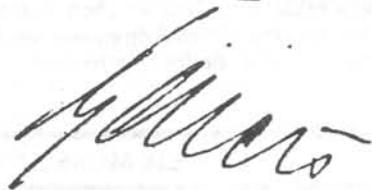
Das waren starke Worte für einen Sozialdemokraten in solcher Funktion. Allein es waren und blieben leider nur Worte. Maßgebliche Kreise in der Nürnberger SPD-Führung nutzten den Unmut der Nürnberger Arbeiterschaft nicht, um den Statthalter der Ordnungszelle Bayern aus Nürnberg zu entfernen, einen Mann aus Nürnberg zu vertreiben, der immer offener im v. Kahr'schen Sinne für Ruhe und Ordnung im Sinne der Unternehmer sorgte.

Polizeidirektion
Nbg.-Fürth
24.3.1926

Betr.: Kommunistische Propaganda für Sowjetrußland

Die Vorträge des Dr. Otto Klippel im 2. Trimester (Januar-März '26) über das Thema „Die neuen osteuropäischen Staaten, ausgewählte Probleme der Neuorganisation“ im Rahmen der städt. Volkshochschule Nbg. begannen am 14. Januar 1926. (...) Bei der begrenzten Anzahl der Hörer in der von Dr. Klippel geleiteten Arbeitsgemeinschaft und im Hinblick darauf, daß die Hörer zum größten Teil Kommunisten waren, war es nicht möglich, die Vorträge durch einen der in Betracht kommenden geeigneten Polizeibeamten überwachen zu lassen, da diese (mit Ausnahme eines unten erwähnten) den Kommunisten sämtl. bekannt sind und daher der gewollte Zweck nicht erreicht worden wäre, sondern (...) in der kommunistischen und sonstigen Linkspresse Kapital geschlagen worden wäre.“

Staatspolizeiamt
Nürnberg = Fürth.



VERSTAATLICHT = GLEICHGESCHALTET

Was dem Nürnberger Unternehmertum dieser Mann, seine politische Einstellung und Praxis wert war, zeigt eine Stellungnahme der „Vereinigung der gewerblichen Verbände Nürnbergs“ aus der Zeit kurz nach den Gareis'schen Polizeiattacken. Am 29.9.1921 nahmen sie dem Innenministerium gegenüber Stellung:

„Die bevorstehende Aufhebung des Ausnahmezustands in Bayern ruft in Kreisen der Nürnberger Unternehmerschaft große Besorgnis hervor, weil die städtische Polizei sowohl von ihrer Zahl, wie auch ihrer Güte nach nicht als das geeignete Organ angesehen werden kann (...) um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit und den Schutz der Arbeit zu gewährleisten.“

und unterstützten so die Forderung nach Zentralisierung der öffentlichen Gewalt (im wahrsten Sinne des Wortes) unter Gareis, der eine Woche vor diesem Schreiben in einer Meldung an das bayerische Staatsministerium des Innern sogar erwogen hatte, den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg unter Schutzhaft zu stellen:

„...wenn es gilt, die gesamten polizeilichen Machtmittel einzusetzen und Verhandlungen mit dem 1. Bürgermeister nicht zum Ziel führen, oder bestimmte zu erteilende Weisungen nicht befolgt werden.“

1923 dann hielt man die Zeit für gekommen, diesem Mann als Leiter des Staatspolizeiamtes Nbg.-Fürth die gesamte Polizei zu unterstellen. Nicht ohne Grund 1923, als die Arbeiterschaft gerade ansetzte, sich nocheinmal auf ihre Kraft zu besinnen und mit den immer drohender aufwallenden faschistischen Mordbanden aufzuräumen begann. Doch dazu später. Damit war also erreicht, was in der Nachkriegszeit ohne große Beachtung seitens der demokratischen Kräfte in Nürnberg erneut über die Bühne gegangen ist: die Zusammenfassung eines wesentlichen Teils der staatlichen Macht unter einen, der politischen Ordnungsmacht genehmen Mann: damals Gareis, heute Kraus, vom ehemaligen CSU-Innenminister und Nazi-Verteidiger Alfred Seidl geförderter Nürnberger Polizeipräsident seit 1978.

DIE SAMMLUNGSBEWEGUNG FORMIERT SICH

Damit waren die Voraussetzungen für die konfliktarme Zerschlagung der Nürnberger fortschrittlichen Bewegung und der fürsorglichen Förderung der braunen Kolonnen geschaffen. Denn dies war die andere Seite der Angriffe auf das Demonstrationsrecht: Die Ermutung der Sammlungsbestrebungen des nationalistischen Lagers.

Und während es noch einigermaßen schwerfällt, die Parallelen zwischen damals und heute auf dem Gebiet der Angriffe auf Arbeiterrechte darzustellen – mangels größerem Gebrauch dieser Rechte durch die Arbeiter Nürnbergs

10.2.1923

470

An den Diktator Kahr! An die werktätige Bevölkerung Bayerns!

Herr Kahr!

Sie haben den bayerischen Betriebsrätekongreß verboten!
Sie haben die Sicherheitsabteilungen der Sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei verboten!

Wehrlos wollen Sie das Proletariat dem Faschismus ausliefern!

Herr Kahr! Ihrem Verbot zum Trotz haben sich die bayerischen Betriebsräte aller Parteien zu einem machtvollen Kongreß zusammengefunden!

Sie werden die Abwehrorganisation gemeinschaftlich schaffen!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern und Mittelständler!

Kahr geht aufs Ganze! Die werktätigen sollen zu Sklaven der großen Syndikate und Konzerne gemacht werden! Der Faschismus soll triumphieren!

Es geht um Sein oder Nichtsein! Beweist den Oberfaschisten Kahr, daß Ihr entschlossen seid, die Einheitsfront aufzurichten zur Rettung Eurer Existenz! Schafft in allen Betrieben sofort die gemeinsamen Hundertschaften! Haltet Euch jede Stunde zum Kampf bereit!

Nieder mit dem Faschismus!

Nieder mit Kahr!

Nieder mit Knilling!

Es lebe die Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land!

Es lebe das Schutz- und Trutzbündnis aller werktätigen Bayerns, Sachsen und Thüringens!

Auf zum Kampf, auf zum Sieg!

Der I. Bayerische Betriebsrätekongreß.

heute – so sind die Ähnlichkeiten auf dem Gebiet der Schonung von „rechten Kräften“ nicht zu übersehen. Nicht ohne Grund! Rüstet man sich doch in den Chefetagen bereits wieder für härtere Zeiten. „Mit Hilfskräften darf man nicht zimperlich sein“, so drückt es Strauß, der „Geheimtip der Industrie“, aus.



Neonazi-Kundgebungen werden geschützt, protestierende Demokraten werden festgenommen, und es wird ihnen kurzerhand der Prozeß gemacht. Anschläge auf Ausländer verharmlost man nachträglich als Einzelaktionen. Schwarzbraune Einwohnerwehren sollen mit Unterstützung aus der CSU wieder für Ruhe und Ordnung sorgen. Wie weit es dabei schon wieder gekommen ist, soll der Vergleich mit der Zeit zeigen, die vor der Machtergreifung der Braunen stand. Kehren wir deshalb zu unseren Betrachtungen zurück.

Der polizeiliche Lagebericht für das Jahr 1922 vermittelt uns einen Eindruck davon, unter welchen Bedingungen sich die Ereignisse der folgenden Monate abspielten:

„Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Boden für größere Bewegungen zur Zeit leider günstig ist. Die sprunghafte Teuerung für Lebensmittel und alle lebensnotwendigen Gegenstände, dazu die neuen Steuervorlagen, haben Unzufriedenheit und Verbitterung in die weitesten Kreise getragen.“

Die „Volksverbundenheit“ wird im nächsten Absatz deutlich:

„Dies erscheint umso bedenklicher, als auch hier wirtschaftliche Not einerseits, in manchen Fällen auch das Unvermögen, Ansprüche einzuschränken und mangelnder Wille, den 8-Stunden-Tag zu entsprechender Arbeit zu verwenden, Anlaß zu einer Reihe von Lohnbewegungen gegeben haben, die sich über Nacht zu folgenschweren Streiks entwickeln können...“ Auf welcher Seite der Verfasser dieses Lageberichts vom 23. Februar 1922 steht, braucht wohl nicht deutlicher formuliert werden. Wer weiß, welche Lageberichte die Strauß'schen Nachbeter in den Polizeipräsidien Bayerns heute wieder verfassen? In dieser Situation der sich zunehmend verschärfenden sozialen Auseinandersetzungen mußten auch die reaktionären Kräfte versuchen, mit ihrer Demagogie zu landen.

Dem sollte die sog. „Deutsche Landwirtschaftsausstellung“ dienen, „ein Tummelplatz monarchistischen, nationalistischen Gesocks“, welche für den 22.6.1922 in Nürnberg vorbereitet wurde.



MEINUNGSFREIHEIT NICHT FÜR LINKS

Die Kommunisten hatten, wie vorgeschrieben, den Antrag gestellt, ihre Schriften unter den zu dieser Zeit massenhaft in der Stadt weilenden Bauern verbreiten zu können.

Das will Gareis nicht zulassen:

„Die Landwirtschaftsausstellung bezweckt Hebung der Landwirtschaft und damit Wiederaufbauarbeit. Diese Veranstaltung wollen die Kommunisten, wie sie ja in ihrem Schreiben vom 10. d.M. zugeben, propagandistisch ausnützen. Der Zweck ist, den Kleinbauern gegen den Großbauern, die Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber aufzuhetzen. Die Schriften wirken nicht aufbauend, sondern zerstörend, also dem Zweck der Ausstellung unmittelbar entgegen. Im übrigen ist damit zu rechnen, daß ein Teil der Besucher der Ausstellung sich gegen diese Propaganda wehren wird und es infolgedessen zu unliebsamen Zwischenfällen kommen kann. Aus diesem Grunde ersuche ich (...) das Gesuch abzulehnen und einer etwaigen unerlaubten Verbreitung der Schriften mit Nachdruck entgegenzuwirken.“

Nürnberg, 15.6.1922
gez. Gareis

So schnell war dieses bißchen Recht auf freie Meinungsäußerung begraben. Geduldet wird, was dieses System schützt, was den Großbauern und Unter-

nehmern nützt – verboten, was die Herrschaft dieser Klassen bedroht. Deshalb muß auch das Recht der freien Meinungsäußerung für die Arbeiterparteien und hier vor allem für die Kommunisten immer wieder beschränkt oder auch völlig aufgehoben werden. So geschehen unter Gareis im Jahre 1922... Und heute? Während die Jugendorganisation der NPD auf einer Kundgebung 1981 am Weißen Turm in Nürnberg sich unter dem Schutz der Polizei versammeln und hetzen darf, wird das Tribunal gegen Strauß und seine Politik „Es klagen an“ 1982 zunächst von der Stadt München verboten und kann erst nach langen Auseinandersetzungen um das Recht auf freie Meinungsäußerung durchgesetzt werden.



Walther Rathenau ermordet.

(This and various other headlines omitted for brevity.)

ALLTAG IN DER „ORDNUNGSZELLE BAYERN“

Wie auf Bestellung wurde während der Zeit des nationalistischen Rummels im Luitpoldhain der Reichsaußenminister Rathenau von Angehörigen der Organisation Consul ermordet. Die von den rechten Organisationen daraufhin im ganzen Reich angesetzten Kundgebungen gegen die sog. „Schuldlinge“ wurden in Nordbayern überall von den Einberufern abesagt, man zog sich in die Säle zurück. So auch in Nürnberg, „obwohl von hier (von Gareis -d. Verf.) umfassender polizeilicher Schutz zugesagt worden war. Man trug der Mentalität der Bevölkerung Rechnung.“

So Gareis in seinem Bericht vom 10.7.1922.

Die Arbeiter Nürnbergs der 20er Jahre waren zur Stelle, als sie am 4.7.1922 von den „drei sozialistischen Parteien“ aufgerufen wurden: 70.000 bis 80.000 Teilnehmer zogen sich nach Polizeiberichten auf der Deuschherrnwiese zusammen. Sie waren in geschlossenen Marschsäulen aus ihren Betrieben hierher marschiert, und erwarteten ein einheitliches Losschlagen gegen die immer offener auftretende Reaktion. Vom Sammelpunkt marschierte ein endloser Demonstrationzug durch die Innenstadt zum Bahnhofplatz. Dort angekommen...

...wurde er von sozialdemokratischen Ordnungskräften aufgelöst.

„Bei Amt erscheinene Führer der Gewerkschaften und der MSP Nürnberg hatten wie vor der Demonstration am 27.6.1922 die bindende Zusicherung gegeben und die Verantwortung dafür übernommen, daß keinerlei Ausschreitungen bei den Zügen vorkommen würden und sich diese am Zielort sofort auflösen würden. Die Zusage wurde eingehalten.“

Wochenbericht v. 10.7.1922

Da konnten auch die unzähligen Versammlungen und Aufrufe der KPD nichts bewirken. Ob der Redner Karl (Nürnberg) am 15.7.1922 in Bayreuth unter dem Thema „Wir wollen endlich Taten sehen“ oder Staimer und Anderl am 16.7.1922 in Regenstauf „Über die Verhältnisse in der ‚Ordnungszelle Bayern‘, insbesondere über den Schlupfwinkel der Mordbuben – München“ sprachen, ob Völkl (Nbg.) in Treuchtlingen für die Entwaffnung der monarchistischen Reichswehr und die Bewaffnung der Arbeiterschaft agitierte, oder Horn sich in Schwabach am 14.7.1922 mit dem damals dringend anstehenden Aufruf zum Generalstreik an die anwesenden Arbeiter wandte¹⁹:

Gegen diese verhängnisvolle Kumpanei sozialdemokratischer Führer mit dem Polizeigewaltigen Gareis war denn doch nichts auszurichten. Noch zu wenige sozialdemokratische Arbeiter waren in den aktiven Widerstand gegen die Burgfriedenspolitik einiger ihrer Führer getreten, die Gareis' Arbeit leicht machten.

Die KPD und mit ihr viele demokratische Menschen wollten sich wehren und taten dies – die Mehrheit der sozialdemokratischen höheren Funktionäre hatte jedoch ihren Frieden mit diesem Staat gemacht, „die Sozialisierung marschierte“ ja bereits.

Und das war in Nürnberg um keinen Deut anders als im Reich. Sie sorgten unter den kämpfenden Arbeitern selbst für Ruhe und Ordnung und gaben einem Büttel der Reaktion das Ehrenwort, einem Polizeipräsidenten, der Hochverräter, wie den Reichwehrhauptmann Heiß, außer Strafverfolgung setzte.

KUMPAN HEISS

Dieser Heiß hatte auf einer Veranstaltung in Ansbach am 26.11.22 vor den Ohren der Polizei hochverräterische Ausführungen gemacht. Er sprach in der „Fränkischen Bauernstube“ vor ca. 170 Personen über die „Erfolge der Faschisten in Italien und der daran geknüpften Folgerung, daß auf ähnliche Weise die Regierungsgewalt in Deutschland den rechtsstehenden Parteien in die Hände gespielt werden müsse. Dazu wären Waffen notwendig. Solche seien vorhanden, so bei Pappenheim.“²⁰

¹⁹ Polizeidirektion Nbg.-Fürth, Wochenbericht v. 19.8.1922

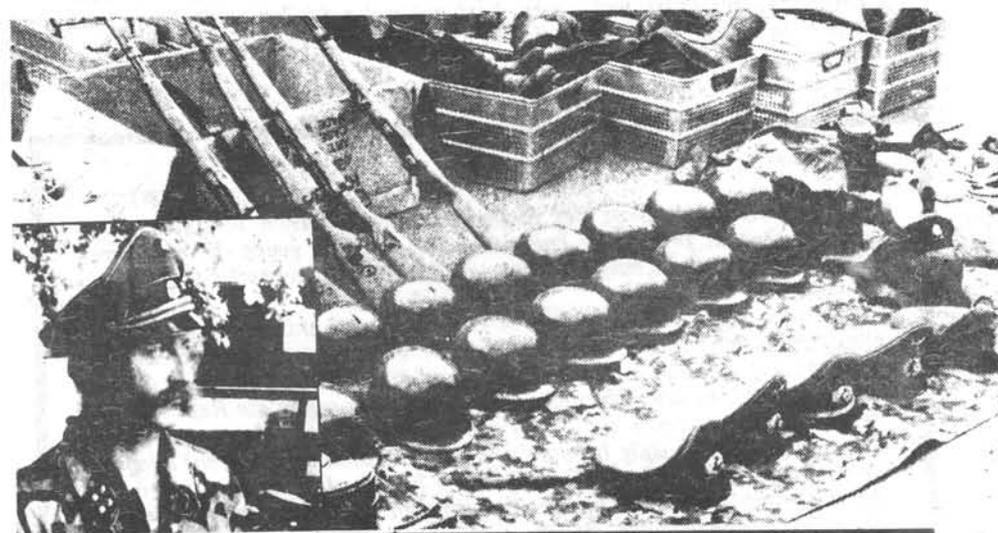
²⁰ Wochenbericht v. 26.11.1922

Daraufhin erließ der Oberreichsanwalt Haftbefehl gegen den beim Reichswehrregiment 24 in Nürnberg diensttuenden Offizier und Chef der paramilitärischen sog. Vaterländischen Organisation Reichsflagge. Adolf Heiß wurde später Stahlhelm-Führer und Röh-Kumpan.

GEHEIME WAFFENLAGER...

Und so ist es dann auch nicht weiter verwunderlich, daß Heiß & Co. die für ihre Pläne so notwendigen Waffen ohne Beanstandungen, ja unter dem Schutz der Gareis-Polizei horten konnten. Auf einen Hinweis der Sozialdemokratie, daß es geheime Waffenlager der nationalistischen Verbände gebe, antwortete Gareis in einem vertraulichen Schreiben an das Staatsministerium des Innern am 14.3.1923:

„Es steht fest, daß sich wie im ganzen übrigen Bayern auch in der Umgebung Nürnbergs Lager von Waffen und Ausrüstungsgegenständen befinden, die aus ehemaligen Beständen des Heeres stammen und der Entente entzogen wurden. Diese Waffen und Ausrüstungsgegenstände sind entweder in unmittelbarer Verfügungsgewalt der Reichswehr oder sie sind vaterländischen Verbänden (Bayern und Reich, Reichsflagge, Blücherbund usw.) zu treuen Händen überlassen.“



...IN TREUEN HÄNDEN

Wie die WSG Hoffmann an ihre Waffen kommt, können wir nicht beantworten – unmöglich ist es nicht, daß sie sie zum Teil aus Bundeswehrbeständen ergaunert, wie es schon in Norddeutschland bei Neonazis nachweisbar war. Von wem die WSG ihr Geld hat, wissen wir seit den Recherchen des PLÄRRER. Diehl soll z.B. ein wesentlicher Geldgeber sein. Fest steht, daß Hoff-

mann für verschiedene Waffen ganz legal Waffenscheine besaß. Weiß man diese bei ihm etwa in treuen Händen? Fest steht auch, daß er, der schon 1956 bei einer Hausdurchsuchung Waffen versteckt hatte, der 1963 bei Waffenschmuggel in die Türkei ertappt wurde, unter den Augen der Nürnberger Polizei ein reichhaltiges Arsenal an Feuerwaffen aufbaute, deren Lauf zwar noch verlötet, aber im Handumdrehen wieder verwendbar gemacht ist.²¹ Unter diesen fürsorglichen und staatsmännischen Augen, kann auch ein Oxner – überführt der Morddrohung gegen Nürnberger Bürger jüdischen Glaubens – in Besitz eines Waffenscheins und der dazugehörigen Waffe bleiben, mit der er konsequent seine Morddrohungen auch in die Tat umsetzen kann. Dann trifft es zwar keine jüdischen Mitbürger, sondern eine Menschengruppe, die man getrost die Juden der 80er Jahre nennen kann: drei ausländische Menschen werden von ihm in der Königstraße im Sommer '82 niedergeschossen!

Aber warum soll man hier auch groß einschreiten, wo es sich doch bei dem ganzen Sumpf um „nationale Kräfte“ handelt. Heinrich Gareis' Leitlinie beim Schutz vaterländischer und faschistischer Vereinigungen im Nürnberg der 20er Jahre war:

„Die NSDAP ist im Gegensatz zur KPD eine nationale Partei ... die ... ihre Ziele nicht durch gewaltsamen Umsturz erreichen will.“

So wischte er die Beschwerde des Betriebsrates der Siemens-Schuckert-Werke im Jahre '23 vom Tisch, worin sich diese gegen die Schikanen gegenüber der KPD und die Warmherzigkeit gegenüber den Nazis Luft machten.

Resolution

Die Gesamtarbeiterschaft der Siemens-Schuckert-Werke, vertreten durch den Arbeiterrat, protestiert energisch und einmütig gegen die einseitigen Versammlungs- und Zeitungsverbote der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Sie können nicht einsehen, daß in einem republikanischen Staat diejenigen welche sich zum Schutz der Republik einsetzen unterdrückt werden, während auf der anderen Seite einer sogenannten vaterländischen Gruppe gestattet wird, in der rigorosesten Art und Weise gegen die Republik und deren Beamte zu agitieren. Die Arbeiterschaft ist der Meinung, daß alle Staatsbürger gleichmäßig behandelt werden müßten und daß vor allem die Beamten der Republik die Verpflichtung hätten, darüber zu wachen, daß die Autorität der Republik nicht untergraben wird und erwartet von maßgebenden Instanzen, daß sie ihre Unterorgane anweisen, diese einseitigen Behandlungen zu unterlassen.

Nürnberg, den 20. April 1923

21 Broschüre „Hoffmann hinter Gitter“, S. 11



5 MGs IM BECKENGARTEN

Als dann der demokratische Oberbürgermeister Dr. Luppe am 1. Mai 1923 eine Versammlung der Nürnberger Nazis im Beckengarten durchsuchen und die dabei aufgefundenen drei schweren und zwei leichten Maschinengewehre von der städtischen Polizei beschlagnahmen ließ, ging ein Aufschrei gegen den „Verräter Luppe“ durch das ganze reaktionäre Lager. Das klare und richtige Verhalten Dr. Luppes und der städtischen Polizei gegen die braunen Banden auf der einen Seite und der Schutz der Mordtruppen durch die bayerische Regierung mit Gareis auf der anderen Seite, prallten unversöhnlich aufeinander. Die Stärkeren saßen jedoch in München und auf der Nürnberger Burg (Sitz von Gareis-Polizei), die nun sofort die Nürnberger Polizei verstaatlichten. Alleinigiger Herrscher war nun niemand anders als Heinrich Gareis im Staatspolizeiamt Nbg.-Fürth. Als solcher waltete er noch fürsorglicher.



Fränkische Tagespost

(Fränkische Tagespost v. 18.8.1923)
Fürther Bürgerzeitung

Verleger: Nürnberg: Freitag, 25.7.23 Sozialdemokratisches Organ für Mittelfranken und die Oberpfalz

„Wo steckt Herr Gareis?“

Wenn die ‚Fränkische Tagespost‘ über militärische Geheimorganisationen etwas veröffentlicht – flugs kommt ein Verbot nach Paragraph soundso des Ausnahmezustandes. Da ist die Behörde in Bayern scharf hinterher, von wegen der Ruhe und Ordnung, der Sicherheit des Staates und der Gefahr vom feindlichen Ausland.

In dem Hakenkreuzlerblatt von Nürnberg wird eine militärische Geheimorganisation öffentlich angesprochen – wo bleibt da die Behörde mit ihrer Begründung, der Feind könnte aus solchen Veröffentlichungen Nutzen ziehen? Hat Herr Gareis nicht in der letzten Nummer der ‚Weißen Fahne‘

folgendes gelesen:

Sturmabteilung Reg. Franken! Unterstützt den Kampf unserer Sturmabteilungen, die einst berufen sein werden, das Tor in die Freiheit des deutschen Volkes aufzustoßen. Spenden, alte Uniformen, Ausrüstungsstücke usw. erbeten an Schriftleitung unter „Kampfschatz der SA“. Man weiß, daß Hitler erklärt hat, die Einheitsfront an der Ruhr ist eine Kloake. Man weiß, daß Hitler den Standpunkt öffentlich vertritt, daß nicht die Franzosen, sondern die Sozialdemokraten die schlimmsten Feinde sind. Man weiß daher auch, wozu die Sturmabteilungen da sind. Weiß das Herr Gareis, der Hüter der Ordnung und Sicherheit, nicht? Kennt Herr Gareis nicht die Verfassung, worin es heißt: Vor dem Gesetz sind alle gleich?“

„Wo steckt Herr Gareis?“, fragt die Fränkische Tagespost in einem Artikel ihrer Ausgabe v. 18.8.23. Der Artikel zitiert einen „Spendenaufwurf“ für den Kampfschatz der SA, der in der Zeitung dieser Bande, der „Weißen Fahne“, abgedruckt war. Eine Anfrage der Regierung von Mittelfranken, diesen Artikel betreffend, äußert sich Gareis – der entlarvenden Offenheit wegen hier in voller Länge – wie folgt:

„Sofort nach Erscheinen dieser Notiz in der „Weißen Fahne“ habe ich den Schriftleiter kommen lassen und ihm Vorhalt über die Unzweckmäßigkeit und die mögliche außenpolitische Wirkung dieser Erzählung gemacht. Weiteres ist nicht veranlaßt.“
Nürnberg, den 30.8.1923
gez. Gareis

Na bitte! Gar so plump und dumm darf man sich denn doch nicht anstellen. Aber sei's drum – glücklicherweise gab's ja Heinrich Gareis, der so etwas korrigieren hilft.

Eingegangen ist dieses Schreiben bei der Regierung von Mittelfranken am 1. September 1923, demselben Tag, da Heinrich Gareis in Nürnberg abermals einen Vorgeschmack auf das gibt, was die Nürnberger Arbeiterschaft noch erwarten sollte: Am 1./2.9.1923 fand in Nürnberg zum ersten Mal der sog. „Deutsche Tag“ statt. Nach der Landwirtschaftsausstellung die zweite große nationalistische Veranstaltung, die nur durch den Schutz Gareis'scher Polizei möglich war und die wohl als Probe aufs Exempel für die Auswahl Nürnbergs zur „Stadt der Reichsparteitage“ angesehen werden dürften.

BÜRGERKRIEGSSTIMMUNG

Diese zwei Tage wurden zu einem Aufmarsch aller rechtsradikaler Verbände, deren stärkste der Bund Oberland, die Reichsflagge (Hptm. Heiß) und die SA unter Hitler und Röhm waren.

Anlässlich dieser Nazi-Provokation herrschte in Nürnberg Bürgerkriegsstimmung. Nach ständigen Provokationen durch uniformierte Reaktionäre, die von der Polizei unbehelligt ihr Unwesen treiben konnten, in Maxfeld bei einer ihrer Aktionen sogar unterstützt werden durch Polizeikräfte, kommt es am Abend des 2. September 1923 zur Ermordung des Sozialdemokraten Krämer (Werkmeister bei den Siemens-Schuckert-Werken und Vertrauensmann der SPD) durch den Reichsflaggen-Angehörigen J. Sperber aus Bullach bei Hersbruck. Am folgenden Tag kocht die Arbeiterschaft in sämtlichen Nürnberger Großbetrieben.



Hitler und Streichler auf dem Deutschen Tag in Nürnberg, Sept. 1923

„Die Arbeiterschaft wurde von einer ungeheuren Erregung über die Erschießung ihres Kollegen Krämer erfaßt und hatte nach den vorausgegangenen Vorkommnissen das Gefühl, daß ihre Leute ungestraft hingemordet werden dürften“. So berichtet ein Arbeiter vor dem Volksgerichtshof über die sich in den folgenden Tagen abspielenden Ereignisse. (FT, 10.1.24).

Bei MAN, den Zentralwerkstätten, den Mammut-Werken, bei Siemens-Schuckert und den Bing-Werken in der Stephanstraße griffen die Arbeiter zur Selbsthilfe und setzten in die Tat um, was dieser „demokratische“ Staat wohlwissend unterließ: Sie warfen die als Hakenkreuzler bekannten Beschäftigten aus den Fabriken hinaus und machten damit deutlich, wie man gegenüber den Nazis nicht den Kürzeren zieht!

Der „Deutsche Tag“ in den Siemens-Schuckertwerken

Die Besetzung wurde mit einer Besetzung... Die Besetzung wurde mit einer Besetzung... Die Besetzung wurde mit einer Besetzung...

Der „Deutsche Tag“ in den Siemens-Schuckertwerken... Die Besetzung wurde mit einer Besetzung... Die Besetzung wurde mit einer Besetzung...

Nachspiele zum „Deutschen Tag“

Die Besetzung wurde mit einer Besetzung... Die Besetzung wurde mit einer Besetzung... Die Besetzung wurde mit einer Besetzung...

Der „Deutsche Tag“ in den Siemens-Schuckertwerken... Die Besetzung wurde mit einer Besetzung... Die Besetzung wurde mit einer Besetzung...

„Mache das du hinauskommst, sonst wirst du erschlagen. Du kannst zu denen gehen, wo du hingehörst und kannst dir von denen Brot zum Fressen geben lassen“, so haben die Arbeiter bei Siemens-Schuckert angeblich dem betroffenen Schlosser Held nachgerufen, als er sich am Morgen des 3. September von seinem Arbeitsplatz trollte. (FT, 10.1.24).

ANGEKLAGT WEGEN LANDFRIEDENSBRUCH

In der Eisenbahnausbesserungswerkstätte (Zentralwerkstätten) „fand am 4.9.23 vormittags gegen 9 Uhr eine wilde Betriebsversammlung statt, die ohne das Wissen des Betriebsrats einberufen wurde. Dabei sollen 1000 bis 1100 Arbeiter zusammengekommen sein. Der Betriebsratsvorsitzende Engerer ging hin und fragte, was gewünscht werde. Als Antwort wurde gerufen: „Die Hakenkreuzler müssen raus!“ Darauf soll sich der Vorarbeiter und Landtagsabgeordnete Fischer zu Wort gemeldet und die Forderung auf Entfernung der national gesinnten Arbeiter unterstützt haben, weil sie die Ruhe und Ordnung im Betrieb störten.“

Der in den folgenden Prozessen vor dem Volksgerichtshof angeklagte Arbeiter Schubert meldete sich hierauf zu Wort und forderte am Schluß seiner Rede: „Jetzt holen wir die Hakenkreuzler heraus!“ Im Anschluß wurde dies denn auch getan.

Bei den Siemens-Schuckert-Werken muß es sich wie folgt abgespielt haben: Kurz nach Arbeitsbeginn versammelten sich am 4.9.23 drei Arbeiter des Werkes 2 an der Gugelstraße im Fabrikhof „und riefen die Namen von einzelnen Arbeitern oder Beamten aus, die herausgeholt werden sollten. Die Leute seien, so heißt es weiter, von Rotten, die sich sofort gebildet hätten, herausgeholt und in den Hof geführt worden, wo sie durch ein Spalier von Arbeitern ‚Spießrutenlauf‘ mußten. Zum Teil seien die Herausgeholt auch gleich im Betrieb mißhandelt worden. Von Betrieb 2 hätten die Unruhen auf die Betriebe 1 an der Landgrabenstraße und 3 an der Humboldtstraße übergegriffen.“ (FT, 9.1.23).

HAKENKREUZLER RAUS!

Das Urteil gegen die Arbeiter bei Bing schildert den Tag bei Bing wie folgt: „Inzwischen lief das schon eingangserwähnte Gerücht um, ein anderer als Hakenkreuzler bezeichneter Arbeiter, der in einer anderen Werkstätte beschäftigte Planierer G. Hauzenberger, führe einen scharf geladenen Revolver bei sich und habe gedroht, wenn er hinaus müsse und er komme wieder, müßten einige dran glauben. Das Gerücht wurde auch dem Betriebsrat gemeldet, und es wurde dessen Einschreiten verlangt. Die Erregung unter einem Teil der Arbeiterschaft wuchs immer mehr. Es nahte gegen 9 Uhr die Brotzeit, während der gewöhnlich ein Teil der Arbeiter im Hofe sich bewegte. Anfangs hielten die versammelten Arbeiter ihre Frühstückspause wie gewöhnlich im Hofe ab, nur war die Unterhaltung erregter als sonst. Plötzlich kam Bewegung in die Versammelten. Rufe erschallten: „Die Hakenkreuzler müssen raus, holt sie raus, schlägt sie nieder!“ Aus allen Betriebswerkstätten kamen Arbeiter, Arbeiterinnen heraus in den Hof. Die Leute in den Werkstätten wurden durch einzelne umgehende Arbeiter direkt aufgefordert, herauszukommen. Diesem Rufe folgte auch ein großer Teil der Arbeiter. In Kürze hatten sich in den beiden Höfen eine Anzahl von ca. 2000 Personen angesammelt, die mit heftigen Gebärden und erregten Äußerungen im Hofe sich hin- und herschoben. Der Betriebsratsvorsitzende, der in Verhandlung mit der Direktion getreten war, versuchte durch eine Ansprache im Hofe die erregten Leute zu beruhigen, doch vergeblich. Die Rufe nach Entfernung der Hakenkreuzler aus den Werkstätten und die Drohung diese Entfernung mit Gewalt vorzunehmen, wurden immer dringlicher und stärker. Der Betriebsrat trat in neuerliche Verhandlung mit der Direktion ein (!). Nun ging ein Teil der Versammelten zum eigenmächtigen Handeln über...“ Pol.-Dir. Nbg.-Fürth

Eine ähnliche Haltung gegenüber den Arbeiterforderungen dieser Tage müssen die Betriebsräte in allen Betrieben, wo es zu ähnlichen Vorfällen kam, eingenommen haben (Siehe FT v. 10.1.24 über Siemens-Schuckert). Ihnen ist es zu „verdanken“, daß diese Unruhen eingedämmt, totgeredet und letztlich zunichte gemacht wurden, die beteiligten Arbeiter vor Gerichten verurteilt und aus den Betrieben entlassen, die Nazis wieder aufgenommen werden sollten!

Der Verteidiger der angeklagten Arbeiter aus den Zentralwerkstätten, Dr. Süßheim, hob in seinem Plädoyer vor Gericht die politische Bedeutung dieser Unruhen hervor:

„Heute wisse jeder, daß die „Deutschen Tage“ nur ein Auftakt zu den hochverräterischen Plänen waren, die am 8./9. November in München zum Durchbruch kamen (Hitlerputsch). Heute sehe man die Vorgänge am 3. und 4. September in Nürnberg mit ganz anderen Augen an, wie kurz nach der Tat. Die Arbeiter erkannten den eigentlich Zweck dieser Tage, sie stemmten sich rechtzeitig gegen Bestrebungen, welche die Regierung großzog.“ (FT, 12.1.24).

Am 5.9.23 zeigten die Arbeiter nocheinmal, daß sie gegen den rechten Terror kämpfen wollten. In einem riesigen Demonstrationzug begleiteten sie den Sarg des Arbeiters Krämer. Gareis konnte die Versammlung, obwohl er sie am Vortag noch flugs hatte verbieten lassen, dennoch nicht auflösen.

Genossen und Genossinnen!

Die Tage des 1. und 2. September, die bisher in Nürnberg dem Gedenken der Gefallenen im Weltkrieg gewidmet waren, sollen in diesem Jahre von gewissenlosen Hezern zu einem

nationalistisch-monarchistischen Rummel

benutzt werden.

Kein ehrlicher Freund des deutschen Volkes kann irgendwelchen reaktionären Plänen stillschweigend zusehen.

Die zuständigen Instanzen der Arbeiterbewegung

haben deshalb beschlossen, jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin, jedem Republikaner, jedem Anhänger einer Gesandung unserer darniederliegenden Volkswirtschaft zur Pflicht zu machen, der Veranstaltung der militärisch-nationalistischen Drahtzieher

fernzubleiben!

Die Arbeiterschaft muß am 1. und 2. September durch ihr Fernbleiben von den Veranstaltungen den Anhängern der Klatschnaumörder, den Saboteuren des heldenmütigen Kampfes unserer Arbeiterschaft bekannt machen, daß die Nürnberger Arbeiterschaft mit

dem Treiben der Nationalisten

nichts zu tun haben will.

Damit die Arbeiterschaft und die Anhänger der Republik aber nicht unvorbereitet nationalstischen und separatistischen Plänen gegenüberstehen, haben die verantwortlichen Instanzen der Arbeiterbewegung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, über die die einzelnen Organisationen noch nähere Anweisungen erteilen lassen.

Die Mitglieder des D. L. B. in allen Städten und Dörfern Bayerns haben am 1. und 2. September Alarmbereitschaft.

In einer Propagandafahrt nach

Neustadt, Isobrunn, Lindheim, Raholzburg, Epfoll, Georgensgmünd, Freuch, Altdorf, Mt. Hilbert, Scheinfeld-Burgstallach, Iphofen, Weinbernsheim, Marktbreut, Häler- und Oberjerrieden, Herbrand, Sulzbach, Eichenau, Feuch und Gräfenberg, Ruppertshegen-Walden-Simmelsdorf, Kollhofen-Schnaitz, Kirchhiltensbach, Wangenhäuser, Wassertrüdingen, Uffenheim, Simmselhofen, Dörfelburg o. L., Lymbühel, Melmsfeld-Görschen, Hilpoltstein-Dreßing, Gießfeld, Eiterndorf, Lennelose, Kraftshof werden Samstag und Sonntag 10 Abteilungen von Nürnberg, sowie Erlangen, Fürth, Würzburg, Schweinfurt, Aschaffenburg, Bamberg und Bayreuth abgeordnet.

Nähere Anweisung über Treffpunkt und Abfahrt sowie Materialausgabe erfolgt durch die mit der Führung beauftragten Genossen.

Genossen und Genossinnen! Die Maßnahmen der mit der Leitung beauftragten Instanzen müssen unbedingt und reiflos befolgt werden. Klärt auch die Neugierigen auf!

Kein Genosse darf auf eigene Faust irgend etwas unternehmen.

Diesemigen Abteilungen, die nicht aufgerufen werden, haben in Nürnberg zu bleiben und treffen sich mit den Genossen und Familienangehörigen der Distrikte auf den Sportplätzen unserer Arbeiter-Turnvereine, wo alle Veranstaltungen der Turner und Sänger stattfinden.

Genossen und Genossinnen, haltet strengste Disziplin!

Die Parole am Samstag und Sonntag lautet:

„Fernbleiben von den nationalstischen Veranstaltungen und unbedingtes Befolgen der Anordnungen der Zentraleitung.“

Daran anschließend beginnt der sog. „Heiße Herbst 1923“, in Bayern herrscht wieder Ausnahmezustand, mit Kahr als Generalstaatskommissar mit „diktatorischen Vollmachten“.

Kahr: „Nürnberg ist bekanntlich eine Zentralstelle der staatsfeindlichen Agitation in Wort und Schrift. Hier ist nicht nur der Sitz der maßgebenden sozialistischen und linksdemokratischen Presse Bayerns, sondern auch der Mittelpunkt der kommunistischen Propagandatätigkeit.“

Die folgenden Jahre sind Jahre der Klärung im rechten Lager. Der Prozeß verläuft in der Richtung, daß immer mehr vaterländische Verbände aufgelöst und der NSDAP und ihren Unterorganisationen angeschlossen wurden. Die faschistische Gefahr nahm immer konkretere Formen an.

Der Herbst 1923 war seit den Revolutionsjahren der erste mächtige Ansturm der Arbeiterschaft auf das marode System im Deutschen Reich — überall wollte man den Schuldigen am Elend der Bevölkerung nicht mehr länger Schonung gewähren. Die Inflation erreichte im Herbst 1923 ihren Höchststand: War eine Goldmark im September 1923 noch 23,5 Mill. Mark wert, so mußte man für sie im Dezember 1923 schon eine Billion Mark bezahlen. Für viele Millionen Menschen waren selbst geringe Mengen Brot und Kartoffeln nicht mehr erschwinglich. Millionen Familien gingen ohne Heizmaterial dem Winter entgegen. Die Industrieproduktion ging auf etwa 1/5 des Vorkriegsstandes zurück. Im November gab es 3 Millionen Arbeitslose und ebenso viele Kurzarbeiter.²¹



Aber während die Arbeiterschaft auf die gemeinsame Aktion gegen die Verursacher dieser Zustände und auf den Kampf gegen deren reaktionär-faschistische Banden drängte, trachtete die rechte SPD-Führung in der Regierung, dieses System zu retten, wenn es sein mußte durch den offenen Krieg gegen die eigene Basis. So gab die Regierung Stresemann-Ebert dem Reichswehrminister General v. Seeckt die Vollmacht zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland: In Thüringen und Sachsen wurden die Arbeiterregierungen entlassen, sich wehrende Arbeiter von der Reichswehr erschossen. Hamburg wurde befriedet.

In Nürnberg konnte Gareis weiter nach Gutdünken schalten und walten. In dieser Situation halten auch die Braunen ihre Stunde für gekommen – schon zu lange stehen sie „Gewehr bei Fuß“. In einem operettenhaften Auftritt schreit Hitler am Abend des 8. November 1923 im Bürgerbräukeller zu München, die nationale Revolution sei ausgebrochen. Während die Meute durch Freibier bei Laune gehalten wird, schließt sich der Generalstaatskommissar Kahr, sein Armeechef v. Lossow und der anwesende Polizeioberst Seisser für eine Nacht Hitler an, freilich, um am nächsten Morgen – nachdem die Aussichtslosigkeit des Putsches zu offenkundig geworden war – wieder den Schwarz-Weiß-Roten anstelle den Hakenkreuzfahnen nachzulaufen. Hitler am 9. November noch einen Versuch, sein Gesicht als „Revolutionär“ zu wahren. Mit ganzen 2000 Mann zieht er in Richtung Marienplatz, um die Münchner Bevölkerung „aufzurütteln“. Der Marsch auf die Feldherrenhalle endet jedoch schon in der Residenzstraße: Eine Abteilung der Landespolizei schießt gezielt, der „Führer“ renkt sich die Schulter aus, als er sich bei den ersten Schüssen zu Boden wirft. Einige Faschisten werden getötet, der Haufen sucht sein Heil in der Flucht.²²

„EHRENMANN“ JULIUS STREICHER

Einer dieser Helden ist auch Julius Streicher, der jedoch am 9. November auf Veranlassung des Münchner Staatsanwalts noch im Zug nach Nürnberg festgenommen wird. Daß dies nicht von langer Dauer sei, dafür sorgt Nürnbergs Polizeigewaltiger: Schon am nächsten Tag wird Streicher nach Abgabe eines „Versprechens“, sich „in jeder Weise zurückzuhalten und insbesondere in Nürnberg und Umgebung ohne Genehmigung der Polizeidirektion nicht mehr als Redner aufzutreten“ aus dem Polizeigewahrsam entlassen. Im Bericht an seine vorgesetzte Stelle rechtfertigt Gareis sein Verhalten wie folgt: „Es ist mir keine Tatsache bekannt geworden, daß Streicher seine ehrenwörtliche Erklärung nicht eingehalten hat.“²³

Diese Behauptung freilich ist erlogen: Bereits einen Tag nach Streichers Haftentlassung trat dieser wieder in einer öffentlichen Versammlung in Nürnberg auf, wovon auch Gareis genauestens unterrichtet worden war – spätestens seit Mitte 1922 wurden auch Streichers Versammlungen polizeilich überwacht. Der Grund für Gareis' Sympathien ist freilich ganz woanders zu suchen. Wie hatte doch Gareis über die Streicher'sche Erstgründung, die sog. „Deutsche Werkgemeinschaft“ im Polizeibericht v. 29.4.22 geurteilt:



„Es ist richtig, daß die Werkgemeinschaft in den Versammlungen der letzten Zeit die völkischen Tendenzen besonders betont und scharfe Angriffe gegen die Juden richtet – man kann von einer antisemitischen Vereinigung nicht verlangen, daß sie gegen ihr Programm spricht – aber die antisemitische Bewegung ist als solche nichts Neues, und es kann darauf hingewiesen werden, daß sowohl im alten Reichstag ... Fraktionen oder mindestens einzelne Vertreter einer antisemitischen Partei saßen.“

Polizeibericht, 29.4.1922

Wieviel Entlarvendes in ein paar Sätzen stecken kann. Herr Kraus muß wohl dem Nazigelichter um Schönborn und Huscher das gleiche Privileg zugestehen, offensichtlich will er nicht von ihnen verlangen, daß sie plötzlich von ihren Überzeugungen Abstand nehmen, wenn sie sich öffentlich äußern. Daß es sich bei der Judenhetze um eine „ehrenhafte Sache“ handle, soll wohl der Hinweis erhärten, schließlich wäre diese Ideologie auch im hochgeschätzten alten Reichstag vertreten gewesen.

Doch erinnern wir uns, mit welcher Begründung hat doch die Ansbacher Justiz, trotz Verbotsantrag, eine Hetzveranstaltung der NPD am Weißen Turm zugelassen: Deren, oder ähnliche Forderungen zur Ausländerpolitik, würden doch auch von allen im Bonner Parlament vertretenen Parteien kundgetan.

Wen mag es da noch wundern, daß sich die braunen Mörderbanden unter diesem Schutz der staatlichen Gewalt hier in dieser Stadt wohlfühlten. Und dies war denn auch die Stellung, die Gareis gegenüber der Hitlerbewegung die ganze Weimarer Zeit hindurch einnahm, ja freilich auch einnehmen konnte, weil die einzige Kraft, die ihn daran hätte hindern können, die Arbeiterschaft Nürnbergs, gespalten und mehrheitlich ohne klare Orientierung im Kampf gegen die Reaktion war.

Bereits 1930 war der Polizeiapparat dann auch weitgehend faschistisch unterwandert. Berichte der SA-Nachrichtendienste von der Jahreswende 1930/31 zählten die Gendarmerie- und Polizeibeamten zu einem großen Teil zu den Sympathisanten der Nazis.

„Von der durch den Generalstaatskommissar verfügten Auflösung der NSDAP (die nach dem Hitlerputsch verboten und im Januar 1925 wieder neu ‚gegründet‘ wurde - d. Verf.) ist in Nürnberg nicht viel zu bemerken. Die Nationalsozialisten halten ihre regelmäßigen Versammlungen in ihrem Vereinslokal ab, veranstalten offizielle vaterländische Feiern und scheuen sich auch nicht, in geschlossenen Zügen und uniformiert zu demonstrieren.“
Frankfurter Zeitung, 29.12.1923

NACHWORT

Die Nürnberger Massenverhaftungen und das endgültige Platzen des KOMM-Prozesses, die Bluttat des Neonazis Oxner im Juni 1982, der trotz wiederholter Morddrohungen gegen jüdische Mitbürger ganz legal seinen Waffenschein bis zum schließlichen Mord an drei Ausländern behalten durfte, dies sind Erfahrungen mit Nürnbergs Polizei und Justiz, die dazu beigetragen haben, daß Nürnbergs „Ordnungshüter“ schon wieder einen ganz besonderen Ruf in der gesamten Republik haben.

Es wird eine Aufgabe für die Demokraten in Nürnberg sein, sich mehr als bisher um diese Polizei und Justiz zu kümmern und ihre Machenschaften in die Öffentlichkeit zu tragen.

Wie eingangs erwähnt, stellt die vorliegende Arbeit erst einen kleinen Ausschnitt unserer Recherchentätigkeit zur Rolle Nürnbergs in der „Ordnungszelle Bayern“ dar.

Wir bieten interessierten Gruppen einen umfassenden Lichtbildervortrag über die Rolle von Polizei, Justiz, Bürgerwehren und Presse im damaligen Nürnberg an, der die verhängnisvolle Entwicklung zum Faschismus deutlich vor Augen führt, in dem es an Parallelen zu heute nicht mangelt.

Wer diesen Vortrag für Bildungs- oder Diskussionsabende nutzen möchte, wende sich bitte an H. Wandt, Georg-Eberlein-Str. 18, 8500 Nürnberg 10.

Jüngstes Beispiel: Während das Polizeipräsidium Mittelfranken einer Nazi-Veranstaltung der „Grünen Aktion Deutschland“ mit Altnazi Schönborn als Redner „einen guten Verlauf“ wünscht, wird eine Teilnahme an einer Veranstaltung der Humanistischen Union kategorisch abgelehnt.

Polizeipräsidium Mittelfranken

Rotokopie

- Präsidialbüro -

Polizeipräsidium Mittelfranken • Postfach • 8500 Nürnberg 1

Grüne Aktion Deutschland
Volker-Coiter-Str. 13
8500 Nürnberg

17.11.1981

PD - P/Dr

304

08.12.1981

Abschrift

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Auftrag des Polizeipräsidenten, Herrn Helmut Kraus, danke ich Ihnen für Ihr Schreiben und die dazu beigefügte Einladung zur Teilnahme an einer "öffentlichen Aussprache" zu dem Thema "IST DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND EIN RECHTSSTAAT?" am Samstag, 19.12.1981, in den "Gustav-Adolf-Stuben in Nürnberg.

Im Hinblick auf die besondere Brisanz Ihrer Themenstellung, vor allem aber wegen der noch nicht abgeschlossenen Prozesse der Nürnberger Hausbesetzer und der Nürnberger Krawalle vom 05.03.1981 bitte ich um Verständnis dafür, daß Vertreter des Polizeipräsidiums Mittelfranken aus grundsätzlichen Erwägungen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt an einer solch öffentlichen Diskussion nicht beteiligen können.

Ihrer sicher interessanten Veranstaltung wünsche ich einen guten Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen

P e t e r

Erster Polizeihauptkommissar

An die Leitung
der Polizeidirektion Nürnberg
Jakobsplatz 5
8500 Nürnberg - 1

HUMANISTISCHE UNION
ORTSVERBAND NÜRNBERG
GÜNTHERSBÜHLER STR.
8500 NÜRNBERG 20



am 3. Mai 1982

Auszug aus dem Brief

Nach Auskunft von Herrn Peter an Frau war Hauptursache für Ihre Absage vor allem die Sorge, es könne in der Öffentlichkeit ein einseitiges Bild von der Polizei entstehen :weil neben der Humanistischen Union und dem Deutschen Kinderschutzbund zu den Einladenden auch ,Gruppierungen gehören, die dem linken Spektrum' zugerechnet werden.

Die Antwort

Polizeipräsidium Mittelfranken
LEITER PRÄSIDIALBÜRO -

Polizeipräsidium Mittelfranken - Postfach 8500 Nürnberg 11

An die
Humanistische Union
Ortsverband Nürnberg
z.H. Frau Sophie Rieger
Günthersbühler Str.44
8500 Nürnberg 20

| | | | | |
|----------------------------------|--|-------------------|------------|------------|
| Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom | Bitte bei Antwort angeben Unser Zeichen | Tel. (0911) 211-1 | Zimmer-Nr. | Nürnberg |
| | P/tr | 304 | | 07.05.1982 |

Sehr geehrte Frau Rieger,
ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 03.05.1982, bedauere aber gleichzeitig Ihnen mitteilen zu müssen, daß sich an der Einstellung des Polizeipräsidiums Mittelfranken, zu Ihrer Veranstaltung keinen Vertreter des Polizeipräsidiums Mittelfranken bzw. der Polizeidirektion Nürnberg abzuordnen, nichts geändert hat.

Ich bitte hierfür um Verständnis.
Mit freundlichen Grüßen

Peter

buchtip

Wir in Bayern.



Ein Lesebuch zu Geschichte und Gegenwart

„... Daß die Frage der Rolle Bayerns für die Republik nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte steht. ‚Quo vadis Bavaria‘, das war schon für die Weimarer Zeit nicht allein die Frage nach dem Weg Bayerns, sondern die Frage nach dem Schicksal der gesamten Republik. Die Überlegung drängt sich auf, inwieweit können wir heute lernen aus jener verhängnisvollen Entwicklung ...“

Aus dem Vorwort der Herausgeberin

Herausgegeben von
Ute Schilde
Mit einem Vorwort der
Herausgeberin
München 1982
192 Seiten
DM 12,-

Bestellungen an:
Verlag
Das Freie Buch GmbH
Tulbeckstraße 4
8000 München 2